

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auer Erzgebirge. Fernsprecher 63. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

**Abgabegebühren:** Die Abgabegebühren betragen für den Monat 1,20 Mk., für den halben Monat 0,60 Mk., für den vierteljährlichen 3,00 Mk., für den halbjährlichen 5,40 Mk., für den jährlichen 10,80 Mk. Durch den Abnehmer ist im Voraus zu zahlen. Die Abgabegebühren sind in den Reichsmarknoten zu zahlen. Die Abgabegebühren sind in den Reichsmarknoten zu zahlen. Die Abgabegebühren sind in den Reichsmarknoten zu zahlen.

**Bezugspreis:** Durch unsere Postanstalt wird das Blatt monatlich 1,20 Mk., halbjährlich 5,40 Mk., jährlich 10,80 Mk. durch den Abnehmer zu zahlen. Die Abgabegebühren sind in den Reichsmarknoten zu zahlen. Die Abgabegebühren sind in den Reichsmarknoten zu zahlen. Die Abgabegebühren sind in den Reichsmarknoten zu zahlen.

Nr. 62 Sonnabend, den 15. März 1919 14. Jahrgang

### Das Neueste vom Tage.

Die Entente fordert die Auslieferung der gesamten deutschen Luftflotte.  
Die finanzielle Blockade über Deutschland ist aufgehoben, so daß Deutschland wieder Vorschläge von den Neutralen erhalten kann.  
Die Verhandlungen in Brüssel über die Lebensmittelförderung Deutschlands sind zu Ende geführt.  
Dr. Gradnauer ist gestern von der Sächsischen Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt worden.  
In der Preussischen Landesversammlung teilte der Justizminister mit, daß es gelungen ist, die Mörder Liebknecht und der Frau Luxemburg zu ermitteln und teilweise festzunehmen.

### Ein Vergleich.

P.L.S. Zur Reiche haben wir die Nationalversammlung, die ihre erste Session eben abgeschlossen hat, damit die preussischen Mitglieder, Minister und Staatssekretäre an der Preussischen Landesversammlung teilnehmen können. Die Nationalversammlung hat trotz der schweren Hemmnisse, die die unglücklichen Putsche und Generalkriegs in Reiche ihr bereiteten, eine ganz gehörige Arbeit geleistet.  
Das Sozialistengesetz ist erledigt worden, der Reichspräsident gewählt, die Reichsregierung gebildet, das Wehrgesetz ist verabschiedet. Es beginnt das neue Deutschland zu wachsen. Feste Formen werden sichtbar, und wenn nicht die Gefahr der spartakistischen Berührung noch den Bestand des Neuen bedrohte, wäre einzurichten.

In Sachsen liegt es ähnlich. Auch da ist die es bereits dem ganzen Volke möglich, sich auf das Neue Grundverfassung festgelegt, das alte revolutionäre Ministerium arbeitet weiter. Daß es nicht schon vom neuen, verfassungsmäßigen ersetzt worden ist, ist Schuld der Unabhängigen, die die Verhandlungen wochenlang hinausögerten, um schließlich abzulehnen.

Wir begrüßen ihre Ablehnung, denn von der Zusammenarbeit der Mehrheitssozialisten mit den unabhängigen Sozialisten haben wir genug. Ein einheitliches Mehrheitssozialistenministerium ist arbeitsfähig, eines, in dem auch unabhängige Sozialisten sitzen, nicht. Also auch hier ist praktische Arbeit geleistet, ist eine Besserung entschieden zu verzeichnen.  
Wie aber steht es in Bayern? In dem Lande, das mit der Revolution vorausging? (Abgesehen von der Meier Meurerel.) In dem Lande, wo der Lieberrevolutionäre Eisner 3 1/2 Monate Ministerpräsident war? In dem Lande, wo seine Ermordung die „zweite Revolution“ einleitete? Schon heute kann man sagen: diese zweite Revolution ist mißlungen.

Über abgesehen davon: Bayern hat noch immer keine Verfassung, kein arbeitsfähiges Ministerium, keine Wehr, und Schutzmacht, die auch nur die innere Ordnung gewährleisten, von der Sicherheit der Grenzen ganz zu schweigen. Im U. und S. hat, zu dem in Bayern ja noch der Bauernrat hinzukommt, ist geredet und geschimpft und gesucht worden, gerade genug, — aber was ist geleistet worden?  
Nichts! Es war in den mehr als 4 Monaten nicht möglich, auch nur einen klaren Entschluß durchzusetzen. Und wenn einer heute gefragt würde, dann war zehn gegen eins zu weiten, daß er morgen wieder befehlige war. Gerade so steht es in allen den Ländern und Städten, wo die Räte sich nicht entschließen können, die verfassunggebenden Körperschaften umgestürzt arbeiten zu lassen.

Die Räte haben nämlich eines noch nicht erfährt: Wer regiert, muß auch die Verantwortung tragen und sich dessen bewußt sein. Die Verantwortung, nicht vor der „Revolution“, wie die Räte so schön sagen, denn die Revolution ist nichts Greifbares, nicht einmal ein Dauerzustand, — sondern die Verantwortung vor dem Volke. Das Volk überträgt die Verantwortung nur durch die Wahlen.

Die Räte können sich noch so toll gebärden, sie sind nicht berufen, und daher hat nichts von dem, was sie beschließen, Geltung oder Gesetzeskraft von innen heraus. Es geht ja so weit, daß nicht einmal die Einzelräte sich an die Beschlüsse des Zentralrates halten.  
So kommt es, daß dort, wo die wildesten Revolutionäre, denen es nicht schnell und gründlich genug gehen kann, so daß sie alles „selbst“ machen wollen, es aber haupt nicht vorwärts geht, sondern ein Chaos herrscht. Die lauterer Elemente unter den Radikalen sollten daraus endlich lernen, daß die „Erlösung der

Revolution“ nur über Verfassung, Gesetz und Ordnung geht, daß von Zuständen, wie sie in Bayern, Braunschweig usw. herrschen, weder die „Revolution“, noch das Volk, noch sie selbst Vorteil haben, sondern lediglich das Gegenteil, das aus der Revolution ein „Geschäft“ macht.

### Sächsische Volkskammer.

Dr. Gradnauer Ministerpräsident.

Reichen, 14. März.  
Unter den Eingängen befindet sich das von uns gestern veröffentlichte Telegramm des Zentralrates des Volksstaates Bayern an die Sächsische Volkskammer betr. die Gründung eines Bayerisch-Sächsischen Konventionsverbandes. Hierzu bemerkt Präsident Fräßdorf: Dasselbe Telegramm ist auch bei der Regierung eingegangen. Es ist nur zu begrüßen, daß bei wichtigen Angelegenheiten beide Länder gemeinsam handeln wollen. In welchem Maße und in welchen Fällen das möglich sein kann, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Den einzigen Punkt der Tagesordnung bildet die Wahl des Ministerpräsidenten.

Abg. Siedermann (Soz.): Im Auftrage meiner politischen Freunde schlage ich Ihnen vor, daß wir den jetzigen Ministerpräsidenten und Minister des Innern und Äußeren Herrn Dr. Gradnauer heute wählen. Es erfolgt hierauf die Wahl durch Stimmentafel. Abgegeben werden 91 Zettel, davon lauten 49 auf den Namen des Ministers Dr. Gradnauer. 41 Stimmentafel sind unbeschrieben, also ungültig, und ein Stimmentafel trägt den Namen des Abg. Dr. Koch-Berlin.

### Ministerpräsident Dr. Gradnauer:

Sie haben mich zum ersten, aus allgemeiner freier Volkswahl hervorgehenden Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen ausersehen. Ich spreche Ihnen meinen Dank für diese Wahl aus und erkläre mich bereit, die Wahl anzunehmen. Es hat mir ferngelegen, nach einem solchen Amte zu begehren, aber wenn die Volkskammer mich ruft, so gebietet der kategorische Imperativ der Pflicht, diesem Rufe zu folgen. Es ist eine überaus schwere Würde, die Sie mir auferlegen. Ich verspreche, meine beste Kraft einzusetzen zu wollen, um den Anforderungen dieses Amtes gerecht zu werden. Ich würde aber das Wagnis zur Übernahme dieses Amtes nicht auf mich nehmen können, wenn ich nicht das Vertrauen haben dürfte, Unterstützung bei der Volkskammer zu finden. Ich möchte in dieser Stunde meinerseits zum Ausdruck bringen, daß ich auf das ernsteste gewillt sein werde, mit allen Parteien dieses Hauses in sachlicher Weise zusammenzuarbeiten. Bei allen meinen Handlungen soll das oberste und alleinige Gesetz sein, das allgemeine Wohl des Volkes und Landes zu fördern. Es würde mir in dieser dunklen Zeit das Glück meines Lebens bedeuten, wenn es mir vergönnt wäre, dazu mitzuhelfen, daß unser Volk bald wieder zu einer lichteren Zukunft gelangt. Alle meine Handlungen sollen unter dem Lösungsworte stehen: Für politischen und sozialen Fortschritt! Für des Volkes Wohl und des Vaterlandes Erneuerung! (Abg. Fleißner ruft: Und für den Sozialismus!)  
Nachdem Präsident Fräßdorf den Ministerpräsidenten beglückwünscht hat, wird die nächste Sitzung der Kammer auf Donnerstag, den 20. März festgesetzt. Tagesordnung: Regierungserklärungen.

### Das Ende der deutschen Luftmacht.

#### Die deutschen Flugzeuge eine Beute der Feinde.

Dant Junktbruch des Wiener Telegraphen-Korrespondenzbüros aus Paris melden die dortigen Blätter über die in der letzten Sitzung des obersten Kriegsrates erörterten Klauseln betreffend die deutsche Luftschiffahrt: Deutschland werde alle seine Kampf- und Bombardier-Flugzeugzeuge, sowie alle seine Luftschiffe abliefern müssen. Von Wasserflugzeugen werde es nur solche behalten können, als für die Küstenpolizei und die Befestigung von Minen notwendig sind. Die Alliierten werden weiterhin die Verteilung der deutschen Flugzeuge unter sich regeln. Es handelt sich darum, für die Zukunft die Bildung einer deutschen Luftflotte zu verhindern. Es wurden Maßnahmen erörtert, damit die Deutschen ihre Post- und Handelsflugzeuge später nicht in Militärflugzeuge umwandeln können.

### Die Fliegerangriffe in Westfalen.

Nach einer amtlichen Zusammenstellung haben die feindlichen Fliegerangriffe auf deutsches Gebiet in der Zeit von Anfang August 1918 bis 6. November 1918 für rund 23 1/2 Millionen Mark Sachschaden verursacht. Bei den Angriffen wurden 729 Personen getötet und 1754 Personen verwundet.

### Die deutschen Milliarden für Frankreich.

Frankreich — ein furchtbarer Gläubiger!  
In der Kammer sprach Finanzminister Rieux über die Finanzlage und den Staatshaushalt von 12 Milliarden Francs. Er erinnerte an die Kriegsausgaben von 171 Milliarden, davon 118 für Heer und Flotte. Die künftigen Staatsausgaben schätzte er auf das Dreifache derjenigen vor dem Kriege. Für die Einnahmen würden die Deutschen herangezogen werden, ehe man die Steuerpflichtigen belastet. Die Zahlungspflicht Deutschlands werde sehr bald festgestellt werden, da alle Alliierten über den Ertrag der Kriegsschäden einig seien, und zu der ihm obliegenden Wiederherstellung der vertriebenen Provinzen werde der Feind erhebliche Zahlungen leisten und alle denkbaren Bürgschaften dafür stellen müssen. Frankreich sei ein furchtbarer Gläubiger Deutschlands, es werde seinen Staatshaushalt nach der Zahl der Milliarden einrichten, die es von dort erhalten werde. (11)

### Ein Hilferuf Badens.

#### Gegen die Annexion Badischer Gebiete.

Die badische vorläufige Volksregierung hat folgenden Protest erlassen:  
Nach allen Nachrichten, welche uns zugehen, müssen wir annehmen, daß Frankreich die Absicht hegt, das rein deutsche auf dem rechten Rheinufer gelegene badische Gebiet von Rehl und Umgebung sich anzueignen. Gegen solches Vorgehen erheben wir schärfsten Protest. Es widerspricht dem Nationalitätsprinzip, dem Prinzip der Selbstbestimmungsrechte, sowie allen Anstandungen Wilsons und würde lediglich einen brutalen Gewaltakt darstellen. Das badische Volk ruft das Gerechtigkeitsgefühl aller Völker an mit der Bitte, ihm gegen die Verwirklichung solcher Absichten beizustehen.  
Der Protest ist den Regierungen des neutralen Staates zugeleitet worden.

### Vom Bolschewismus.

#### Bolschewistische Unruhen in Ober-Sachsen.

Aus Rattowitz wird gemeldet: Ueberall rotten sich radikale Elemente zusammen und bedrohen die Zechenbeamten und nehmen Kampfstellung gegen die zu deren Schutz vorhandenen Truppen ein. In der vergangenen Nacht ist es zwischen Spartakisten und Regierungstruppen zu einem schweren Zusammenstoß gekommen. Ein großer bewaffneter Spartakistenhaufen griff den Rattowitzer Hauptbahnhof an. Die Angreifer waren mit Maschinengewehren, Handgranaten und Bomben ausgerüstet. Es gelang den Spartakisten jedoch nicht, die Bahnhofsbefestigung zu überwinden, die sich tapfer wehrte und nach langem und erbittertem Gefecht, das bei den Angreifern schwere Verluste verursachte, die Angreifer in die Flucht schlug. In der Stadt war es bisher ruhig. Man erwartet jedoch neue Angriffe, auch in anderen ober-sächsischen Städten.

#### Deutsche Kriegsgefangene für den Bolschewismus geworben.

Unter der Überschrift „Brigade Liebknecht“ gibt die „Berliner Börsenzeitung“ folgende Meldung wieder, die ihr von eingeweihter Seite zugegangen ist: Es gibt in Petersburg einen deutschen Soldatenrat, dessen Vorsitzender ein gewisser Pitter ist, der früher als Journalist in Berlin tätig war. Pitter gibt in Petersburg drei Zeitungen heraus, „Der rote Soldat“, „Die zweite Internationale“ und „Der Kommunist“. Diese Zeitungen werden in großen Mengen besonders nach Ostpreußen gedruckt. In Petersburg ist eine Schule eingerichtet worden, in der deutsche Kriegsgefangene in bolschewistischem Sinne ausgebildet werden. Im ganzen sollen in Petersburg etwa 10 000 Propagandaleute ausgebildet werden, bis alle entlassenen

unbe. Rol  
Katz, abent  
stimmer des  
verein (Mit  
Befestigung  
Wien.  
nst. Nachm.  
st. — Wite  
gottesdienst  
the Wittenb  
rk  
ch)  
19  
H.  
er.  
ngen  
erlängert  
Aue  
Uhr  
ten  
ringend  
cheinen.  
a, abends  
haus  
lung.  
er werden  
eingeladen.  
stadium.  
Aue.  
Sonntag  
16. Mär.  
abgeholt  
dem Strige  
s. Raffin  
lung (Schl  
nor allem  
Rameraben  
Vereinigung  
Ordnung.  
Aue.  
re  
Kud  
bis unter  
arbeiten.  
Abzug  
brett  
stucht.  
er Sogel.  
ob. Hängel  
b. m. Ang. b.  
hu u. Alt. b.  
Wuer G. b.